Flughafen Gatwick in neuen Händen

General Electric und Credit Suisse als treibende Kräfte

Ein Investment-Fund um General Electric und die Credit Suisse hat für 1,5 Mrd. £ den Flughafen Gatwick übernommen, um ihn auf Vordermann zu bringen.

nz. · Die vom spanischen Infrastruktur-Betreiber Ferrovial kontrollierte BAA verkauft dem Investment-Fund Global Infrastructure Partners (GIP) für 1,5 Mrd. £ (2,5 Mrd. Fr.) die Gatwick Airport Ltd. Nach einem sich über Monate hinziehenden Auktionsverfahren, in welchem auch die Eigentümer der Flughäfen von Manchester oder Frankfurt Interesse bekundet hatten, ist nun eine wichtige Hürde überwunden. Unter dem Vorbehalt, dass die EU-Behörden die Transaktion zulassen werden, soll der Verkauf in der ersten Dezemberwoche abgewickelt werden.

Besorgte Wettbewerbshüter

BAA wie auch Ferrovial keuchen unter einer schweren Schuldenlast. Gleichzeitig erhielt die britische Wettbewerbsbehörde in den letzten Monaten den Druck aufrecht, um die schon fast erdrückende Marktmacht des bisherigen Flughafenbetreiber-Gespanns BAA/Ferrovial im Grossraum London zu beschneiden. Die Behörde machte nach aufwendigen Abklärungen denn auch zur Auflage, dass BAA den Flughafen Gatwick abzutreten hat. GIP, die soeben den Zuschlag erhalten haben, besitzen bereits 75% am Flughafen London-City, doch sind sie im Vergleich mit BAA ein Zwerg; BAA kontrolliert die Flughäfen Heathrow (67 Mio. Passagiere im Jahre 2008) wie auch Stansted (22 Mio.), Southampton (2,0 Mio.), Edinburg (9 Mio.), Glasgow (8 Mio.) und Aberdeen (2 Mio.). Gatwick eingerechnet, wickelten die BAA-Flughäfen letztes Jahr ein Verkehrsaufkommen von mehr als 145 Mio. Passagieren ab. BAA erhält von GIP 1,455 Mrd. £ in bar sowie weitere 55 Mio. £, wenn vorgegebene Leistungsziele in der Übergangsphase bis zum Vollzug des Handwechsels erfüllt werden. Mit Blick auf das zurzeit schlecht gehende Geschäft wie auf aufgelaufene Schulden von fast 10 Mrd. £ kann BAA ihre Abhängigkeit von Kapitalgebern etwas reduzieren. BAA kündigte an, sich auf die Verbesserung der Dienste in Heathrow und weiteren Flughäfen zu konzentrieren.

Credit Suisse mit drei Rollen

Die vor rund drei Jahren als Joint Venture mit je hälftiger Beteiligung von General Electric (GE) und Credit Suisse (CS) gegründeten GIP verfügen inzwischen über Finanzmittel von mehr als 5,6 Mrd. $, wobei die Gründer-Investoren noch zu je 10% beteiligt sind. Beabsichtigt ist laut ergänzenden Angaben, dass der Kauf von Gatwick zu 55% mit Eigenkapital und zu 45% mit Fremdkapital finanziert wird, wobei CS, JP Morgan und zehn weitere Banken Kredite gewähren. Bezahlt wird übrigens ziemlich genau jener Preis (1,575 Mrd. £), den die Behörden als konform für Infrastrukturbauten («Regulated Asset Base») geschätzt haben. Die CS hat noch einen dritten Hut auf, denn zusammen mit drei weiteren Banken tritt sie als Ratgeberin in finanziellen Belangen für GIP in Erscheinung.

GIP werden von Kaderleuten aus dem Umfeld von GE und CS geführt und haben sich bereit erklärt, den Flughafen Gatwick zu modernisieren und auch strategisch neu zu positionieren. Mit dem bestehenden Gatwick-Management und den rund 2500 Mitarbeitern des Flughafenbetreibers soll nach der Abnabelung von BAA neuer Schwung in die Firma gebracht werden. London-Gatwick übertraf 2008 mit einem Verkehrsaufkommen von rund 33 Mio. Passagieren dasjenige von Zürich (22 Mio.) deutlich, wobei nur wenige interkontinentale Flüge angeboten werden.

«Reflexe», Seite 26

Privatisierung der Post in Japan gestoppt

Neue Regierung will Restrukturierung

pwe. Tokio · Die neue japanische Regierung hat die Rücknahme der erst vor zwei Jahren begonnenen Privatisierung der Post eingeleitet. Das Kabinett beschloss am Dienstag, das entsprechende Gesetz aufzuheben. Das Parlament soll den Plan noch in diesem Jahr beschliessen. Die Regierung unter Führung der Demokratischen Partei Japans (DPJ) will die Post neu strukturieren und sie dazu verpflichten, im ganzen Land einheitliche Post-, Bank- und Versicherungsdienste anzubieten. Die Postdienststellen sollen zudem den Bürgern vor Ort Behördengänge ermöglichen. Der Präsident der noch im Staatsbesitz befindlichen Japan Post Holdings Co., Yoshifumi Nishikawa, kündigte daraufhin für Ende Oktober seinen Rücktritt an. Der frühere Präsident der Grossbank Sumitomo Mitsui Banking Corp. galt als Garant einer effizienten und zügigen Privatisierung, war aber zu Jahresbeginn wegen eines geplanten Verkaufs von posteigenen Pensionen in die Kritik geraten.

Die Regierung von Ministerpräsident Yukio Hatoyama (DPJ) kritisiert, dass die Post seit Beginn der Privatisierung ihre Dienste in der Fläche ausgedünnt habe und damit zur Ungleichheit in der Entwicklung zwischen Stadt und Land beitrage. Mit dem Beschluss verabschiedet das Kabinett sich von der marktwirtschaftlichen Reformpolitik des bis 2006 amtierenden Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi. Koizumi, damals Aushängeschild der Liberaldemokraten (LDP), hatte die Wahl 2005 zu einem Plebiszit über die Postprivatisierung gemacht und damit haushoch gewonnen. Koizumi wollte vor allem den Staatseinfluss über die riesigen Spareinlagen bei der Post beseitigen, die sich zuletzt auf rund 180 Bio. Yen beliefen. Der jetzigen Regierung gehört die Splitterpartei Neue Volkspartei an, die sich 2005 im Kampf gegen die Postprivatisierung formte und deren Vorsitzender, Shizuka Kamei, die Ämter des Ministers für Finanzdienstleistungen und für die Postreform innehat.

Kamei hat als neuen Postpräsidenten den ehemaligen und früher mächtigen Vizefinanzminister Jiro Saito anvisiert, der zurzeit der Tokyo Financial Exchange Inc., einer von Finanzinstitutionen getragenen Börse unter anderem für Future-Kontrakte, vorsteht. Dies stösst in Tokio auf Kritik, weil damit ein Mann der Privatwirtschaft durch einen Ex-Bürokraten abgelöst wird. Die Regierung will eigentlich die Praxis abschaffen, nach der Ministerialbeamte vor der Pensionierung lukrative Posten in regierungsnahen Organisationen erhalten. Die Privatisierung der Post war 2007 begonnen worden mit einer Aufteilung in die Bereiche Schalterdienste, Postdienste, Postbank und Postversicherung und der Umwandlung in Aktiengesellschaften.

Risiko einer Deflation

Hans-Werner Sinn in Zürich

ti. · Auf Einladung des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung hat sich der renommierte deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, zu den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise geäussert. Die gute Botschaft vorab: Aus seiner Sicht ist die Finanzkrise überwunden, ein Zusammenbruch des Finanzsystems konnte dank dezidierten staatlichen Stützungsmassnahmen verhindert werden. Aber die reale Wirtschaft wird noch Jahre brauchen, um nach der diesjährigen starken Kontraktion zu alter Vitalität zurückzufinden. Besorgt zeigt sich Sinn vor allem über den Umstand, dass die Arbeitslosigkeit in den USA immer noch steigt. Weil Europa einer solchen Entwicklung zeitlich um rund ein Jahr hinterherzuhinken pflegt, rechnet Sinn damit, dass die Arbeitslosenquote noch bis zum Frühling 2011 zunehmen wird – erst dann wird die Krise beim Bürger ankommen.

Gerade weil die realwirtschaftliche Rekonvaleszenz mehrere Jahre beanspruchen wird, glaubt Sinn nicht an eine inflationäre Entwicklung. Daran ändern aus seiner Sicht auch die zahlreichen staatlichen Hilfspakete nichts, die viel Liquidität in die Wirtschaft geschleust haben. Im Gegenteil: Weil die Akteure das zusätzliche Geld bei den gegenwärtigen Rahmenbedingungen lieber horten, als es auszugeben oder zu investieren, hält Sinn ein deflationäres Szenario für wahrscheinlicher als ein inflationäres. Es bestehe durchaus das Risiko, dass die USA und Europa zu «japanischen Verhältnissen» fänden.

Wie Notenbanken auf Abwege geraten können

Ernst Baltensperger gegen Ausweitung von Zentralbankzielen

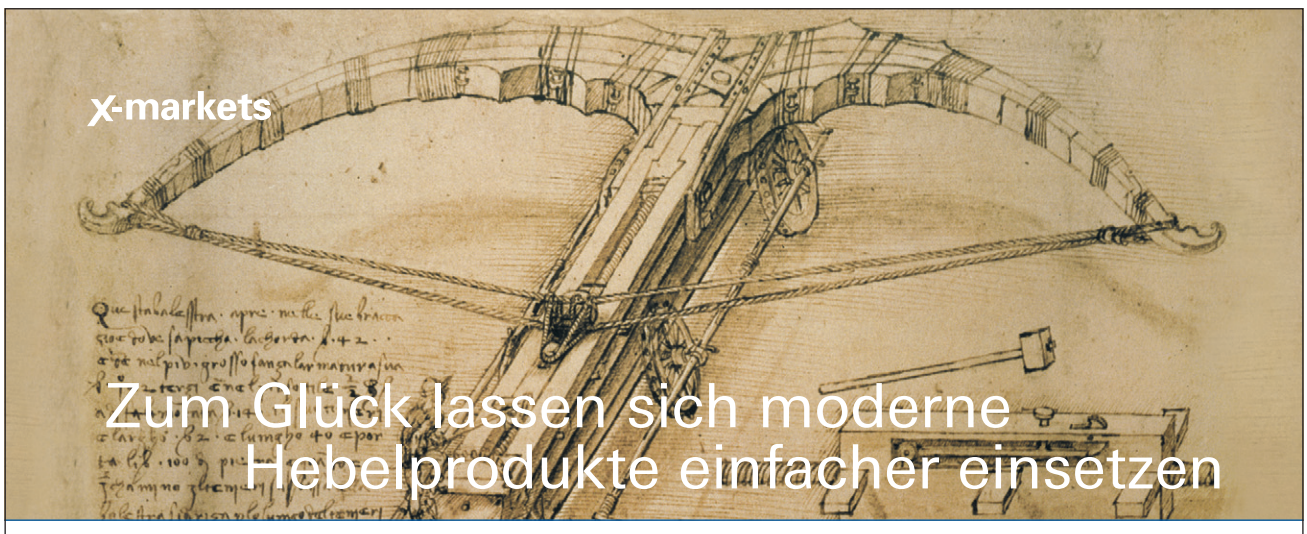
Gy. · Wie leicht können Notenbanken auf Abwege geraten? Nach all den Aktionen zum Entschärfen der Krise präsentieren sich Zentralbanken zurzeit fast überall in günstigem Licht. Sie haben mit Zinssenkungen, Liquiditätsspritzen, Garantien und dem Stützen von Banken viel Zustimmung erlangt und sich den Ruf erworben, in unsicherer Zeit seien sie die wirklich kräftigen, zielsicheren Autoritäten. Was soll bei dieser Ausstrahlung von Erfolg und Prestige die Frage nach Abwegen?

Am Mittwoch, an der 29. Economic Conference der Progress Foundation in Zürich, kam man nicht darum herum. Der Anlass zum Thema «Mit Geldentwertung aus der Wirtschaftskrise?» galt vor allem der Rekonvaleszenzzeit nach der Krise. Prof. Dominick Salvatore (Fordham University, New York) präsentierte eher den breiten Überblick, während Ernst Baltensperger, Ökonomieprofessor em. an der Universität Bern und Direktor des Studienzentrums Gerzensee (Schweizerische Nationalbank), die Frage nach Kompass-Funktion und Verlässlichkeit der Notenbanken in den Vordergrund rückte.

Unter dem Titel «Geldpolitik nach der Krise» legte er die Schwierigkeiten dar, denen sich Notenbankführungen gegenübersehen, wenn es darum gehen wird, die Geldversorgung wieder in normalere Verhältnisse zu bringen. Mit Blick auf den Spruch «aus Krisen kann man lernen» verwies er auf die seiner Ansicht nach nicht geringe Gefahr, dass man nun genau das Falsche lernen möchte. Er warnte etwa vor der Vorstellung, es brauche nun eine «neue» Geldpolitik, die nicht mehr so eindeutig auf Inflation und Preisstabilität ausgerichtet sei, sondern auch Vermögenspreise berücksichtigen müsse, um allfällige Aktien-, Immobilien- oder andere Blasen am Entstehen zu hindern. Als Informationen seien Vermögenspreise sinnvoll, eine Verzettelung der Ziele wäre aber fatal. Ähnlich beurteilte er Ansätze, den Zentralbanken nun eine starke Rolle bei der Finanzmarktaufsicht sowie der Überwachung und Regulierung der Banken zu geben. Er stufte solche Tendenzen in den USA oder in Deutschland als Gefahr für die Unabhängigkeit der Notenbanken ein; seiner Ansicht nach wäre eine solche Ausweitung der Befugnisse ein «toxisches Geschenk».

Eine Zentralbank soll als «Lender of last resort» in Krisen bei Liquiditätsengpässen helfen, aber nicht angeschlagenen Instituten Eigenkapital zuführen, denn damit komme man auf das fiskalische Terrain. Wie schwierig bereits die Kernaufgaben einer Zentralbank sind, zeigte er mit Blick auf das Inflationspotenzial. Technisch sei es für die Notenbanken zwar kein Problem, die zur Krisenbewältigung geschaffene Liquidität abzuschöpfen, wenn aber die «Umkehroperationen» zu höheren Renditen und Zinsen führten, könne dies Inflationserwartungen oder auch Konjunktursorgen schüren und damit politischen Widerstand hervorrufen, so dass das Risiko gross sei, dass der Kurswechsel zu lange hinausgezögert werde.

ANZEIGE



Top Selection: Blue Chips, Small & Mid Caps

Basiswert	Typ	Ticker	Strike	Ratio	Laufzeit	Preis[1]	Referenz[1]
ABB	Call	ABBAE	22.00	8:1	19.03.2010	CHF 0.25	21.68
Bâloise	Call	BALDO	100.00	40:1	19.03.2010	CHF 0.19	96.50
Clariant	Call	CLNDP	11.50	7:1	19.03.2010	CHF 0.17	10.83
CS Group	Call	CSGQI	60.00	30:1	18.12.2009	CHF 0.12	59.15
GAM	Call	GAMDD	15.00	6:1	18.06.2010	CHF 0.30	13.91
Logitech	Call	LOGDF	20.00	8:1	19.03.2010	CHF 0.20	18.62
Meyer Burger	Call	MBTDG	275.00	150:1	18.06.2010	CHF 0.28	249.00
Oerlikon	Call	OERDZ	90.00	60:1	18.06.2010	CHF 0.22	77.25
Petroplus	Call	PPHDW	31.00	15:1	19.03.2010	CHF 0.19	27.76
Roche	Call	ROGDJ	165.00	50:1	18.06.2010	CHF 0.24	162.80
Sika	Call	SIKDE	1'425.00	400:1	19.03.2010	CHF 0.33	1'397.00
Swiss Life	Call	SLHDO	135.00	50:1	17.06.2010	CHF 0.42	137.30
UBS	Call	UBSNH	22.00	8:1	18.06.2010	CHF 0.23	19.11
Zurich FS	Call	ZURDH	250.00	80:1	19.03.2010	CHF 0.24	248.00

[1] Stand: 21.10.2009, 09:16 Uhr

Mit obenstehender Top Selection präsentieren wir Ihnen eine Auswahl der attraktivsten Warrants auf Schweizer Blue Chips sowie Small & Mid Caps. Diese ist Teil unserer umfangreichen Produktpalette von Warrants und anderen Hebelprodukten sowohl auf Schweizer Blue Chips als auch auf Small- und Mid-Caps und basiert unter anderem auf den Kriterien Spread, Liquidität und Laufzeit.

Kontakt X-markets:
X-markets, Ihr Zugang zur weltweiten Investment-Kompetenz der Deutschen Bank.
www.xmarkets.ch
Hotline: +41 44 227 34 20
E-mail: x-markets.ch@db.com

Leistung aus Leidenschaft. Deutsche Bank

Steuerhinweis:
Die Deutsche Bank AG übernimmt keine Haftung für Steuerfolgen. Sie empfiehlt, sich vor einer Anlage in diese Wertpapiere von einem Steuerberater im Zusammenhang mit den steuerlichen Folgen beraten zu lassen.

Disclaimer:
Die Warrants stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage gemäss dem schweizerischen Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen („KAG") dar und unterstehen somit nicht der Bewilligung der Eidgenössischen Bankenkommission. Für den Anleger besteht deshalb kein Anlegerschutz nach dem KAG.
Dieses Inserat stellt keinen Emissionsprospekt im Sinne von Art. 652a bzw. 1156 OR sowie kein Kotierungsinserat im Sinne des Kotierungsreglements dar. Der Offering Circular in englischer Sprache kann bei X-markets (an der obigen Adresse) bezogen werden. Der Anleger ist dem Emittentenrisiko ausgesetzt; die Werthaltigkeit seiner Anlage hängt somit nicht nur von der Entwicklung und Bonität des dem Produkt zugrundeliegenden Basiswertes ab, sondern auch von der Bonität der Emittentin.
MiFID: Weitere Auskünfte gemäss MiFID erhalten Sie unter www.globalmarkets.db.com/riskdisclosures